

**SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 AULA im Gespräch - Manuskriptdienst**

**Arm im reichen Land
Die Ursachen eines sozialen Problems**

Autor/Interviewpartner: Prof. Christoph Butterwegge *
Redaktion/Interviewer: Ralf Caspary
Sendung: Sonntag, 15. November 2009, 8.30 Uhr, SWR 2

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt.
Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen
Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula
(Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in
Baden-Baden erhältlich. Bestellmöglichkeiten unter Telefon: 07221/929-6030

**SWR 2 Wissen können Sie ab sofort auch als Live-Stream hören im SWR 2
Webradio unter www.swr2.de**

Ansage:

„Arm im reichen Land – Die Ursachen eines sozialen Problems“, das ist heute das AULA-Thema.

Armut in Deutschland hat sich längst von einem Tabu- zu einem Top-Thema gewandelt, das in den Medien kontrovers diskutiert wird. Es geht da zum einen um Arbeitslose, die sich angeblich vom Staat einen schönen neuen Fernseher bezahlen lassen, die angeblich ihre Stütze eher versaufen und ihre Kinder verwahrlosen lassen, zum anderen geht es um eine größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich, um Niedriglöhne, von denen kein Mensch mehr leben kann, um die Hilflosigkeit der Politik.

Wir wollen in der AULA über diese Probleme und Wahrnehmungen reden, und zwar mit Christoph Butterwegge, den ich ganz herzlich begrüße, er ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Köln und einer der führenden Experten für Armut in Deutschland, er hat vor kurzem ein neues Buch dazu vorgelegt.

Gespräch:

Ralf Caspary:

Herr Butterwegge, wie kann man Armut definieren, welche Rolle spielen materielle Aspekte

Christoph Butterwegge:

Armut ist ein sehr vielschichtiges Phänomen, das sicherlich mit materiellem Mangel zu tun hat, aber sich nicht darauf beschränkt. Sondern daraus entstehen Benachteiligungen in unterschiedlichen Lebenslagen: Wenn man wenig Geld hat, dann hat man auch eher Probleme mit der Gesundheit, dann wohnt man eher schlecht, dann wird es einem auch schwerlich gelingen, eine gute Bildung zu bekommen, und dann kann man auch im Bereich von Freizeit, Kultur und in all den Lebensbereichen, in denen wir uns bewegen, nicht recht mit den anderen mithalten. Insofern ist Armut mehr, als wenig Geld zu haben. Aber was in der Öffentlichkeit häufig passiert, ist, so zu tun, als hätte das Ganze gar nichts mehr mit Geldmangel zu tun und als ginge es nur noch um Teilhabegerechtigkeit und nicht mehr um Verteilungsgerechtigkeit.

Ralf Caspary:

Die Fokussierung auf das Einkommen ist falsch, sagen Sie, es geht eher um die Mangelsituation, um die Benachteiligung. Wie sieht die denn ganz konkret aus?

Christoph Butterwegge:

Machen wir das mal an Kindern fest: Ein Kind, das in einer Hartz IV-Familie aufwächst, wird kaum die Gelegenheit haben, viele Kinder zu sich zum Kindergeburtstag einzuladen, einfach weil die Wohnverhältnisse viel zu eng sind. Das führt wiederum dazu, dass es von den anderen Kindern nicht eingeladen wird. Auch wenn es nicht in der Lage ist, Geschenke mitzubringen, wird das möglicherweise dazu führen, dass es isoliert wird in der Clique. So erwachsen aus diesen materiellen Lagen Probleme bis hin in den psychosozialen und gesundheitlichen Bereich. Besonders Kinder leiden sehr darunter. Wenngleich sie das häufig gar nicht so sehr artikulieren, ist ihnen doch sehr

wohl bewusst, sie leben in einer wohlständigen, wenn nicht reichen Gesellschaft, und selber sind sie eigentlich kaum in der Lage, das zu zeigen, was üblich ist in unserer Gesellschaft, nämlich per Konsum sich einen Status zu erringen, mitzuhalten mit anderen, womöglich auch dadurch Überlegenheit auszudrücken. All das ist ihnen nicht so leicht möglich oder wird ihnen sogar verwehrt.

Ralf Caspary:

Es kommt Ihnen also eher auf die psychosozialen Dinge an. Wie kann man denn jetzt diesen Armutsbegriff abgrenzen z. B. von der Tatsache, dass es ja auch in der Mittelschicht eine psychosoziale Armut gibt, Leute mit Geld, die ihre Kinder dennoch geistig, sozial verwahrlosen lassen?

Christoph Butterwegge:

Ja, das gibt es auch. Aber ganz überwiegend hat auch diese Form der Verwahrlosung mit solch materiellem Mangel zu tun. Also das Risiko, verwahrlost zu sein, ist sehr viel größer, wenn man in einer Familie aufwächst, die am Zwanzigsten des Monats kein Essen mehr auf den Tisch zu bringen vermag, als in einer Arzt- oder Professoren-Familie, wo es so etwas auch geben mag, dass man sich nicht richtig um die Kinder kümmert.

Ralf Caspary:

Armut ist nach meiner Einschätzung ein wichtiges Thema seit vielleicht ein, zwei Jahren in der deutschen Medienlandschaft. Wie wird Ihrer Ansicht nach darüber berichtet? Welche Fokussierung wird gesetzt, welche Perspektiven gibt es, die Sie stören?

Christoph Butterwegge:

Ich habe mich besonders damit beschäftigt, wie Armut in der Öffentlichkeit wahrgenommen oder häufig auch nicht wahrgenommen wird. Wenn man sich die Geschichte der Bundesrepublik vor Augen führt, dann stellt man fest, Armut war ganz lange ein Tabu-Thema, an dem man nicht rühren wollte. 1948, nach der Währungsreform, bekam jeder Bürger 40 DM für seine Reichsmark, alle Menschen konnten also vom selben Ausgangspunkt aus ihr Leben gestalten. Es entstand der Mythos: „Wer das nicht schafft, der ist selber schuld, jeder hat die Chance aufzusteigen“. Zur Zeit des Wirtschaftswunders mag das ja auch für viele so gewesen sein. Anschließend, als Vollbeschäftigung herrschte, gab es eigentlich keinen Grund, sich mit dem Thema Armut auseinander zu setzen. Das tat man auch deswegen nicht gerne, weil der Kalte Krieg – die Differenzen zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Sowjetunion und USA, NATO und Warschauer Pakt – natürlich dazu führte, dass Armut ein Reizwort wurde. Wer von Armut sprach, gab ja zu erkennen, dass er Kritik an unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem übte. Das wurde nicht gerne gesehen, es wurde gesagt: „Geh doch nach drüben!“ Aber in den letzten Jahren, muss man sagen, durch Wirtschaftskrise, durch Massenarbeitslosigkeit ist das Thema Armut fast zu einem Topthema geworden, in den Medien, in der Öffentlichkeit, in der Politik – nur man tut sehr wenig dagegen. Man redet darüber, etwa in Talkshows, aber auf eine Art und Weise, die die Armen häufig verletzt, die ihnen selbst die Schuld in die Schuhe schiebt, die sagt: „Ihr hängt faul in der Hängematte des Sozialstaates“; dabei ist hier die Rede von massenhaftem Sozialmissbrauch. Die massenhafte Armut, die es gibt, wird weniger thematisiert. Dabei ist gerade Armut in den allermeisten Fällen nicht selbst

verschuldet, sondern sie hat mit unserem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu tun und sie hat zu tun mit der Art und Weise, wie man jetzt im Neoliberalismus den Markt statt den Sozialstaat in den Vordergrund rückt. Konkurrenz und Leistung werden betont. Und manche Menschen können da nicht mithalten. Denen sagt man aber: Ihr habt euch nicht genügend bemüht.

Ralf Caspary:

Diese Selbstverschuldungsideologie ist doch nur eine Seite der Medaille. Ich kann mich an viele Talkshows oder auch Dokumentationen erinnern, die relativ sachlich dargestellt haben, wie Armut entsteht und welche ökonomisch-strukturellen Ursachen sie hat.

Christoph Butterwegge:

Ich würde das für einen positiven Aspekt halten, wenn das passiert. In Einzelfällen kommt das auch vor. Aber meistens ist doch der Tenor, das sei Jammern auf hohem Niveau – ich denke jetzt insbesondere an Boulevard-Medien, und man darf nicht unterschätzen, dass dort Meinungsmache und Stimmung gemacht wird. Das geht bis in die etablierte Politik hinein. Unser Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt wird nicht müde, in Talkshows und in Zeitungsinterviews zu betonen, dass ein Facharbeiter in seiner Jugend weniger hatte als ein Hartz- IV-Empfänger heute. Dadurch relativiert man ja die Armut. Natürlich vergleicht sich kein Jugendlicher heute auf dem Schulhof mit einem Jugendlichen, der das Kind eines Facharbeiters von vor 50 Jahren war, sondern er vergleicht sich mit den Jugendlichen, die heute leben und das bunteste Handy, die modernste Unterhaltungselektronik und die tollsten Markenklamotten haben. So wird auf mancherlei Art und Weise das Problem beschönigt und so letztlich doch wieder verdrängt.

Ralf Caspary:

Ich verstehe. Das sind die Berichte über Hartz IV-Empfänger mit Plasma-Bildschirm?

Christoph Butterwegge:

Richtig. Diese Fälle gibt es vereinzelt durchaus. Was aber dann aber wieder nicht nachvollzogen wird, ist die Tatsache, dass Arme eben auf solche Weise kompensieren, dass sie sich manches andere nicht leisten können. Dann stellen sie sich vielleicht tatsächlich den Plasma-Bildschirm ins Wohnzimmer, um zu dokumentieren: Ich gelte auch etwas, ich bin auch etwas wert, ich bin Teil der Konsumgesellschaft. Doch letztlich ist das doch nur ein kurioser Ausdruck für die Tatsache, dass man strukturell benachteiligt ist.

Ralf Caspary:

Ist Armut eine Konsequenz aus einer gewissen ökonomischen sozialen Struktur unserer Gesellschaft?

Christoph Butterwegge:

Das würde ich bejahen. Denn wenn man in einer solchen Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft lebt, in der der Markt auch darüber entscheidet, welche sozialen Positionen der Einzelne einnimmt, dann ist ganz klar, dass die Starken sich eher auf dem Markt behaupten können und möglicherweise immer reicher werden. Ich thematisiere ja auch immer wieder, dass man, wenn man über die Armut spricht, man

auch über den Reichtum sprechen muss. Wer über Reichtum nicht reden möchte, sollte auch über Armut schweigen. Wenn man überlegt, dass die beiden reichsten Männer der Bundesrepublik, die Gebrüder Albrecht, Eigentümer der Aldi-Kette Nord und Süd, ein Privatvermögen von ungefähr 40 Milliarden US-Dollar besitzen, was vielleicht in der Krise noch anwächst, weil die Discounter mehr Zulauf haben und Aldi im Ausland expandiert, dann sieht man eine Kluft, die sich auftut in unserer Gesellschaft. Und das scheint mir ein Problem zu sein. Nicht die Armut allein, denn die stellt sich in Kalkutta natürlich viel dramatischer dar als in Karlsruhe, aber damit beruhigt man sich gleichzeitig auch wieder und man tut so, als wäre die Armut in Karlsruhe eigentlich keine echte Armut, obwohl sie in unserem Land für ein Kind oder einen Jugendlichen sogar demütigender sein kann, weil man sieht, andere haben viel mehr und man wird ausgegrenzt, möglicherweise sogar ausgelacht, was für ein Kind vielleicht viel schrecklicher ist als abends ohne Essen ins Bett gehen zu müssen, man wird aus der Clique herausgehalten und man wird ganz deutlich an den Rand gedrängt. Es findet eine Ent-Solidarisierung in unserer Gesellschaft statt. Das ist in Afrika, Südamerika, in weiten Teilen Asiens nicht so. Da schließen sich die Armen zum Teil zusammen, sie solidarisieren sich, sie gründen Gewerkschaften wie die Straßenkinder in Südamerika. Das heißt, die Art der Armut hier ist eine andere. In der Armutsforschung spricht man eher von relativer Armut – also relativ im Vergleich zum Wohlstand, der die Menschen umgibt. Absolute Armut bedeutet, man lebt am oder sogar unter dem physischen Existenzminimum, man verhungert, man erfriert. Auch bei uns gibt es absolute Armut: Obdachlose, die in kalten Wintern erfrieren. Das zeigt deutlich, dass auch in einem so reichen Land wie dem unseren Armut existiert. Daran gibt es nichts zu beschönigen, es gibt nichts zu verharmlosen, es gibt nichts zu relativieren.

Ralf Caspary:
Warum lässt der Staat Armut zu?

Christoph Butterwegge:
Das ist eine schwierige Frage. Armut ist ein merkwürdiges Phänomen: Niemand möchte arm sein, niemand wünscht einem anderen offen Armut, jeder denkt, Armut ist eher systemgefährdend, weil dadurch Kriminalität, Drogenmissbrauch, Gewalt, Brutalität gefördert wird. Und obwohl die Einschätzung allgemein negativ ist, akzeptiert man im Grunde – auch politisch – dieses Phänomen. Ich denke, weil Armut in einem Wirtschaftssystem, das sich so stark über den Markt orientiert, funktional ist. Armut gibt Zeugnis davon, wo man landet, wenn man sich den Gesetzen dieser kapitalistischen Wettbewerbsgesellschaft nicht unterwirft.

Ralf Caspary:
Die Hochleistungsgesellschaft, die Sie kritisieren, ist das eine, aber man könnte natürlich auch sagen, dass der Kapitalismus auch deshalb Armut produziert, weil er Vollbeschäftigung nicht herstellen kann?

Christoph Butterwegge:
Ja, das ist sicher vor allem in der Wirtschaftskrise der Fall, die Arbeitslosigkeit wird in nächster Zeit steigen und damit auch die Armut, weil Arbeitslose in den meisten Fällen arm sind.

Ralf Caspary:

Ist für Sie der Zusammenhang Armut und Arbeitslosigkeit okay?

Christoph Butterwegge:

Ja, den gibt es. Aber das ist nicht das alleinige Problem. Der Kapitalismus ist sicher nicht in der Lage, auf Dauer Vollbeschäftigung zu sichern. Es ist aber auch für Kapitalanleger gar nicht nützlich.

Ralf Caspary:

Das meinte ich ja: Der Kapitalismus fordert die Arbeitslosigkeit strukturell heraus oder er produziert sie?

Christoph Butterwegge:

Und er braucht sie, er produziert sie zum Teil ganz bewusst, weil man in der Krise und bei hoher Arbeitslosigkeit die Löhne drücken kann. Ein Grund, warum bei uns die Armut wächst, sind die niedrigen Löhne. Es wird eine Niedriglohnstrategie gefahren, die darauf setzt, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland dadurch noch wettbewerbsfähiger wird, wenn er niedrigere Löhne hätte. Das heißt, man weitet den Niedriglohnsektor immer weiter aus. Niedrige Löhne, auch Kombilöhne, bei den der Staat Unternehmen subventioniert, indem er zu niedrige Löhne aufstockt - dieser ganze Bereich von Mini- und Midi-Jobs, von Leiharbeit und Zeitarbeit lässt die Armut wachsen.

Ralf Caspary:

Kommen wir kurz zum Stichwort Bildung, weil mir das in diesem Zusammenhang ganz interessant zu sein scheint: Kann man denn nicht auch sagen, dass Armut damit zusammen hängt, dass wir die Kinder einer gewissen Gesellschaftsschicht – die untere Mittelschicht oder die Unterschicht – an die Hauptschule schicken, das ist die Verliererschule, und dass wir dieser Schicht eine Bildung zukommen lassen, die keinen Aufstieg ermöglicht?

Christoph Butterwegge:

Das ist für mich zum Teil richtig. Klar ist: Ein hoch sozial-selektives Schulsystem wie unseres, das besonders in den südwestdeutschen Bundesländern mit Klauen und Zähnen verteidigt wird, ein solches gegliedertes Schulsystem, das kaum noch ein Land auf der Welt hat, sortiert natürlich die Kinder schon ein, je nach ihrer sozialen Herkunft, und führt damit auch zu einer Zementierung von Armut. Wenn man, egal wie gut man ist, auf der Hauptschule bleibt oder sogar absteigt auf die Förder- oder Sonderschule, dann wird man aus dem Teufelskreis der Armut nicht herauskommen. Auf der anderen Seite wird Bildung zu leicht als eine Art Wunderwaffe im Kampf gegen die Armut betrachtet. Heute wird so getan, als brauche man nur noch Zugang zu Bildungsinstitutionen zu schaffen und auch zum Arbeitsmarkt, und damit sei das soziale Problem schon gelöst. In Einzelfällen mag das so sein. Ich selber bin in meiner Biografie ein Beispiel dafür, wie man aufgrund von immer höherer, besserer Bildung sich hinaufarbeiten kann, wie man eine gute Berufsposition erringen kann und wie man übrigens auch aus prekären Lebenslagen aufsteigen kann. Aber als gesamtgesellschaftliches Instrument hilft Bildung nicht. Denn wenn alle besser gebildet sind, dann konkurrieren sie womöglich auf einem höheren Bildungsniveau, um die

immer noch zu wenigen Arbeitsplätze und Lehrstellen. Und deswegen muss außer Bildung für alle außerdem noch eine Umverteilung von oben nach unten stattfinden.

Ralf Caspary:

Was war denn Ihr Vater von Beruf, wenn ich fragen darf?

Christoph Butterwegge:

Mein Problem war, dass der Vater gar nicht existent war in meinem Leben, sondern ich war das Kind einer alleinerziehenden Mutter, nichtehelich geboren. Insofern war der Besuch des Gymnasiums ganz wichtig, auf dem man aber auch übrigens diskriminiert wurde. Schon in der ersten Stunde, als der Klassenlehrer das Klassenbuch aufschlug und nach dem Beruf des Vaters fragte, kam ich groß ins Schleudern, und die Söhne des ersten Teppichhauses am Platze wurden natürlich sofort von dem Klassenlehrer für höhere Aufgaben vorgesehen, andere Kinder wie ich wurden von vorneherein abgewertet. Man kann sich vorstellen, wer dann die besseren Schulergebnisse und Noten zu verzeichnen hatte. Damals ist mir sehr bewusst geworden, dass Bildung, wenn sie so vermittelt wird wie bei uns, von sozialer Schichtzugehörigkeit abhängt. Und dort anzusetzen hielt ich für richtig. Aber es darf nicht die Bildung das Pflasterchen sein, das man auf die Wunde klebt, um damit abzulenken von den ungerechten Verteilungsverhältnissen. Von Geld nicht mehr zu reden und den Armen zu predigen, bildet euch, bildet euch, bildet euch, aber gleichzeitig beim Hart IV-Regelsatz 0 Euro für Bildung und 1,57 im Monat für Schulmaterialien eines Kindes vorzusehen, zeigt doch deutlich, dass man die materiellen Mittel und Ressourcen für die Bildung vorenthält.

Ralf Caspary:

Haben wir nach Ihrer Ansicht immer noch eine Schichten-Architektur, die an die Industriegesellschaft erinnert? Haben wir nicht ganz feste, abgeschlossene soziale Milieus mit geringer Durchlässigkeit?

Christoph Butterwegge:

Ich sehe viele Belege dafür, dass dem so ist. Das fängt oben an: Die Manager-Elite stammt aus dem Großbürgertum, zum Teil sogar aus dem Adel. Im Grunde werden da ganz alte Strukturen reproduziert. Auf der anderen Seite existiert unten der Teufelskreis der Armut: Menschen, die in Hartz IV-Familien aufgewachsen sind, haben, wenn sie selbst erwachsen sind, arme Kinder. Sie sind meist nicht in der Lage, aus diesem Milieu herauszukommen. Sicher ist die Klassengesellschaft in Deutschland nicht so ausgeprägt wie in Großbritannien ...

Ralf Caspary:

... oder in Frankreich.

Christoph Butterwegge:

Ja, in Frankreich ist das auch noch deutlich vorhanden. Aber der Tendenz nach gibt es das bei uns auch, und ich wundere mich immer darüber, dass viele Soziologen in der Bundesrepublik gar nicht mehr bereit sind, von Klassen und Schichten zu sprechen, und auch Politiker plötzlich das Wort Unterschicht als etwas ansehen, was von einem anderen Planeten stammen müsste, obwohl es in Wirklichkeit mehr denn je die Spaltung in Arm und Reich in unserer Gesellschaft gibt und damit auch Klassen und Schichten.

Derjenige, der aus der Unterschicht oder der Arbeiterklasse kommt, hat es sehr viel schwerer aufzusteigen, sehr häufig wird es ihm gar nicht gelingen, sondern er wird sich in den sozialen Bahnen bewegen, in denen sich auch seine Eltern und Großeltern bewegt haben.

Ralf Caspary:

Wir haben also verharmlosende Etiketten entworfen, wir sprechen ja auch plötzlich vom Prekariat?

Christoph Butterwegge:

Ja, auch das ist ein Modebegriff, von dem ich relativ wenig halte. Wenn man ihn benutzt, zum Beispiel um auszudrücken, dass es einen wachsenden Niedriglohnsektor gibt, Generation Praktikum, Leiharbeit, Zeitarbeit usw., der sich ausbreitet, dann sollte man klar machen, dass dieses Prekariat Teil des Proletariats ist, das es immer noch gibt, wovon aber in der Öffentlichkeit immer weniger gesprochen wird. Mir scheint, man verschließt die Augen, verdrängt die Armut und entsorgt dieses Problem möglichst ideologisch, indem man es auf unterschiedliche Art und Weise verharmlost und relativiert.

Ralf Caspary:

Wir brauchen deshalb Politiker, die das Problem nicht tabuisieren und ideologisch entsorgen. Wir kommen aber nicht weg vom Kapitalismus, wir kommen auch nicht weg von der Leistungsgesellschaft. Deshalb die Frage: Wie kann man Armut bekämpfen? Oder ist dieser Begriff schon zu hart?

Christoph Butterwegge:

Nein, man muss einen Kampf gegen die Armut führen. In den USA war sich sogar ein US-Präsident nicht zu schade, vom „Krieg“ gegen die Armut zu sprechen. Ich denke, das müsste bei uns auch so sein: Wir müssten uns zunächst einmal dazu bekennen, dass es dieses Problem überhaupt gibt, dass es auch strukturelle Ursachen hat, und dann muss man an den Strukturen etwas verändern. Ich denke jetzt nicht sofort an die Abschaffung des Kapitalismus, sondern einfach an eine andere Steuerpolitik. Wenn man eine Steuerpolitik nach dem Matthäus-Prinzip betreibt, die durch Erbschafts- und Körperschaftssteuer und den Spitzensteuersatz die Wohlhabenden immer weiter entlastet und durch Mehrwertsteuererhöhung und dem Gerede darüber die Armen und sozial Benachteiligten immer stärker belastet, dann darf man sich nicht wundern, wenn sich die Gesellschaft immer weiter spaltet. Das Umgekehrte müsste passieren: Die Vermögenssteuer müsste wieder erhoben werden; eine Vermögensabgabe wäre sinnvoll, um zum Beispiel Bildungseinrichtungen und auch individuelle Fördermöglichkeiten für eher sozial Benachteiligte zu finanzieren. Es wäre unbedingt notwendig, eine Grundsicherung zu schaffen, die den Namen wirklich verdient, also nicht auf Hartz -IV -Niveau, auch nicht unter diesen entwürdigenden Rahmenbedingungen, dass der Sozialdetektiv kommt und in die Betten guckt, wie es um die Partnerschaft steht und die entsprechenden Unterhaltspflichten. In einer so reichen Gesellschaft wie der unseren müssten alle Bürger über ein soziales Auskommen verfügen auf einem Niveau, das deutlich höher als Hartz IV sein müsste, insbesondere für Kinder. Hartz IV bedeutet 359 Euro plus Heiz- und Mietkosten. Jeder weiß, dass man in unserer Gesellschaft davon nicht leben kann. Jeder weiß aber vor allen Dingen auch,

dass man von den Hartz IV-Kinderregelsätzen nicht ein Kind großziehen, gut bilden und dafür sorgen kann, dass es seine Möglichkeiten nutzt, seine Talente entwickelt. Um solche Kinder besser stellen zu können, wäre ein anderes Schulsystem nötig. Mir schwebt eine Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild vor. So gibt es ganz unterschiedliche Felder, auf denen die Politik handeln müsste. Mir scheint aber, dass sie bisher dieses Problem entweder nicht wahrgenommen hat oder aber die Augen zumacht. Jedenfalls kann ich nicht erkennen, dass eine Politik für die Armen gemacht wird.

Ralf Caspary:

Hartz IV wurde eingeführt mit der Maxime, man müsste die Armen, die Arbeitslosen nicht nur fördern, man müsse sie auch fordern. Was halten Sie denn prinzipiell von diesem Gedanken?

Christoph Butterwegge:

Das ist das Marktprinzip. Das Tauschprinzip wird in dem Sozialstaat implementiert. Zunächst ist dieser Ansatz durchaus zu verstehen, denn warum soll der Arbeitslose, der vom Staat Mittel erhält, nicht zum Beispiel Parks fegen oder Mittagessen austeilern in einer Schule. Aber gleichzeitig hat das mit dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes nicht mehr viel zu tun. Denn da steht eben nicht: Die Bundesrepublik Deutschland ist dann ein Sozialstaat und sozialer Rechtsstaat, wenn der Arbeitslose eine Gegenleistung erbringt oder wenn er nicht nur gefördert, sondern auch gefordert wird. Sondern da steht schlicht und ergreifend: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat bzw. ein sozialer Bundesstaat, was in der Sprache der Juristen heißt, sie soll es sein. Und das bedeutet für mich, man müsste mehr Vertrauen in die sozial Benachteiligten setzen, anstatt zu glauben, nur wenn man Druck ausübt, sind sie bereit, eine Arbeitsstelle anzunehmen. Ich glaube, Angebote zu machen und Anreize zu setzen, ist sehr viel erfolgreicher. Jeder, der gefragt wird, was er ist, antwortet nicht mit „Briefmarkensammler“ oder „Angler“, sondern er nennt seinen Beruf. Und das zeigt deutlich, jeder identifiziert sich damit, was er tut, und jeder wird auch im Grunde darüber identifiziert. Das heißt, wenn man mehr Arbeitsplätze und ich meine sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen würde, würde es auch mehr Menschen geben, die solche besetzen. Wenn sie aber fehlen, dann denjenigen, die keinen haben, vorzuwerfen, sie hängen in der sozialen Hängematte, das ist billige Polemik, finde ich – aber auch eine Art und Weise, die Armut zu entsorgen.

Ralf Caspary:

Meinen Sie mit der Grundsicherung eine Art Grundeinkommen, das ja immer wieder diskutiert wird: Also jeder, egal ob er arbeitet oder nicht, bekommt vom Staat ein garantiertes Grundeinkommen – über die Höhe kann man natürlich streiten –, was aber auf jeden Fall höher als Hartz IV ist?

Christoph Butterwegge:

Jetzt machen Sie aber ein Fass auf, Herr Caspary! Das ist eine absolut berechtigte Frage. Über das Grundeinkommen wird ja in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Kreisen seit einiger Zeit debattiert, insbesondere seitdem es Hartz IV gibt.

Ralf Caspary:

Nehmen wir einmal an, so etwas könne man finanzieren und so etwas wäre wirklich möglich, wäre das sinnvoll?

Christoph Butterwegge:

Ich bin ein Kritiker des bedingungslosen Grundeinkommens aus dem einfachen Grunde, weil ich glaube, das führt in eine falsche Richtung. Das Prinzip eines funktionierenden Sozialstaates ist Bedarfsgerechtigkeit. Derjenige, der etwas braucht, soll etwas bekommen. Wer zum Beispiel behindert ist, muss sehr viel höhere Leistungen bekommen. Auch Christoph Butterwegge als Professor muss nichts bekommen. Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen wird aber jeder über einen Kamm geschoren. Viel sinnvoller scheint mir zu sein, sich um diejenigen zu kümmern, die es nötig haben. Es ist Unsinn mit der Gießkanne riesige Summen auszugießen und sie dann möglicherweise über Steuern wieder einzusammeln, was sehr mühselig werden kann und übrigens auch dazu führt, dass das Finanzamt sehr viel stärker Repressionen ausübt, die jetzt die Agentur für Arbeit ausübt, indem nämlich das Finanzamt sehr viel stärker prüfen muss, ob Schwarzarbeit geleistet wird oder irgendwo anders finanzielle Quellen sind, die das Grundeinkommen aufstocken. Letztlich würde so etwas den Sozialstaat zerschlagen, denn die meisten Befürworters eines solchen Grundeinkommens wollen gleichzeitig zum Beispiel die Sozialversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung abschaffen. Das würde aber bedeuten, dass die Zeche gerade diejenigen zahlen, die zum Beispiel viele Kinder haben, die bedürftig sind oder diejenigen, die von einer Mehrwertsteuer, also einer Konsumsteuer sehr viel stärker getroffen werden als ein Milliardär, der nämlich im Verhältnis zu seinem Vermögen und Einkommen relativ wenig ausgibt. Der Hartz IV-Empfänger oder dann der Grundeinkommen-Bezieher, der 1500 Euro bekommt, wird das ganze Geld brauchen, um die teureren Waren zu bezahlen. Und indem er die 1500 Euro sofort in die Läden trägt, wird er natürlich von der erhöhten Mehrwertsteuer sehr hart getroffen. Insofern ist das für mich eine Milchmädchenrechnung. Ich kann verstehen, dass Menschen mit dem bedingungslosen Grundeinkommen sympathisieren. Wenn sie aber länger darüber nachdenken, finde ich, sollten sie zu dem Schluss kommen, wenn man die Finanzmassen, die ein Grundeinkommen braucht, bewegen kann, dann kann man den Sozialstaat statt abzubauen um- und ausbauen und ihn so großzügig machen, dass es Armut in einem so reichen Land wie dem unseren nicht in dem Maße mehr geben muss wie jetzt.

*** Zum Autor:**

Christoph Butterwegge ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Köln und Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien. In seinen zahlreichen Veröffentlichungen widmet sich Butterwegge den Themen Friedenspolitik, Rechtsextremismus, demografischer Wandel und Armut. Besonders Kinderarmut ist ein Schwerpunktthema Christoph Butterwegges.

Bücher (Auswahl):

- Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Campus Verlag 2009.
- zus. mit Hentges, Gudrun (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 4. Aufl. Wiesbaden 2009 (1. Aufl. Opladen 2000, 2. Aufl. Opladen 2003, 3. Aufl. Wiesbaden 2006)
- zus. mit Michael Klundt / Matthias Belke-Zeng: Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. 2. Aufl. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften 2008 (1. Aufl. 2005)
- zus. mit Gudrun Hentges (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Leverkusen: Budrich 2008
- zus. mit Lösch, Bettina / Ptak, Ralf (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden 2008
- Krise und Zukunft des Sozialstaates, 3., erweiterte Aufl. Wiesbaden 2006